

NOVEMBER 2006

Außenpolitik wird in Zeiten der Globalisierung zunehmend zur Innenpolitik und geht deshalb jeden einzelnen Bürger etwas an! Diese Erkenntnis ist in Deutschland keine Selbstverständlichkeit, denn wir haben immer noch keine außenpolitische Kultur, die mit der in den USA, Großbritannien oder Frankreich vergleichbar wäre. Eine *Strategic Community*, die sich aus den unterschiedlichen Teilbereichen der Gesellschaft zusammensetzt und in Fragen der internationalen Politik sprechfähig ist, muss bei uns erst entwickelt werden. Dazu möchte die gemeinnützige Atlantische Initiative einen Beitrag leisten. Die *Global Must Reads* fassen wichtige Studien und Analysen vor allem aus amerikanischen und europäischen Think Tanks sowie internationalen Zeitschriften auf Deutsch zusammen. Dieser Service basiert auf dem Angebot unseres täglich aktualisierten Internetportals

www.global-agenda.org.

- ▶ **Demographie: alterndes Europa gestalten statt verwalten!** Seite 1
- ▶ **Europas Zuwanderer – Europas Zukunft?** Seite 2
- ▶ **UN: Wasser für alle – aber nicht umsonst!** Seite 3
- ▶ **Venture Capital hilft Europas Wirtschaft auf die Beine**
- ▶ **Innovation: Geld allein macht nicht erfinderisch** Seite 4
- ▶ **Zukunft der NATO liegt im Westen – und umgekehrt**
- ▶ **Steht Nahost vor Stunde Null?** Seite 5

Demographie: alterndes Europa gestalten statt verwalten!

Katerina Rüdiger, 'Old' Europe, new Europe? Demography, Labour Markets and Social Policies, *European Policy Center*, Policy Brief, November 2006

Europas Bevölkerung altert. Das dürfte sich inzwischen bis in die letzten Winkel des Kontinents herumgesprochen haben, auch wenn das Thema „demographische Zeitbombe“ erst seit kurzem weit oben auf Europas politischer Agenda steht. Um diesen Trend jedoch umzukehren, ist es eigentlich schon zu spät. Wichtiger wäre es für Europa deshalb, konkrete Reformen voranzutreiben, um eine Gesellschaft überlebensfähig zu machen, die von der Generation der über 50-Jährigen dominiert wird. Immigration hat zwar das Potential, für Entlastung zu sorgen (siehe folgender Artikel), kann aber unmöglich die nötigen Reformen ersetzen.

Wenn zwei Drittel der Arbeitskräfte von 2015 bereits heute auf dem Arbeitsmarkt tätig sind, bedeutet dies einen erheblichen Umschulungs- und Weiterbildungsbedarf, der nur durch eine enge Kooperation zwischen Wirtschaft, Politik und Bildungssystem gedeckt werden kann. Das Motto vom „lebenslangen Lernen“ muss zur Lebenswirklichkeit werden. Auch müssen Mittel und Wege gefunden werden, die Arbeitszeit zu verlängern und das Rentenalter zu erhöhen. Dies dürfte eine der schwierigsten Aufgaben für die Politik werden, wenn man berücksichtigt, dass das Durchschnittsalter der Wahlberechtigten in Europa stetig zunimmt. Gleichzeitig aber zeigen Umfragen, dass ältere Menschen sehr wohl bereit sind, länger zu arbeiten. Hier liegt ein weiterer Schlüssel, einen zukünftigen „brain drain“ zu verhindern und die Gefahr

einer Abwanderung der jüngeren Generation, die den hohen Belastungen durch das Rentensystem entgehen möchte, zu bannen.

Auch muss es finanziell attraktiver werden, Kinder zu haben – und zwar für jeden, ob verheiratet oder nicht. Eine aktive Familienpolitik ist gefragt, um die so genannte „fertility gap“ zu schließen: die Differenz zwischen den gewünschten Kindern und der realen Kinderanzahl. Dies gilt besonders für die Länder, in denen traditionell die Familie für eine Art informelles Sicherungssystem sorgt (z.B. Spanien, Italien), das heute aber immer mehr zerfällt.

Ideen wie ein lebenslanges „Zeitkonto“ für Arbeitnehmer, das ihnen erlaubt, in verschiedenen Lebensphasen unterschiedlich intensiv zu arbeiten, weisen die Richtung, die eine reformorientierte Politik einschlagen sollte. Eine solche Neuausrichtung der Politik aber ist nicht ohne die massive Unterstützung durch sämtliche gesellschaftliche Akteure zu bewältigen. Dazu gehören vor allem die Unternehmen. Gelingt eine solche Neuausrichtung, bedeutet der demographische Wandel nicht nur eine Gefahr, sondern auch die Chance, die Gesellschaft grundlegend zu verändern. Dafür aber muss Europa den demographischen Wandel gestalten, statt ihn nur zu verwalten. [Mehr...](#)

Europas Zuwanderer – Europas Zukunft?

Rainer Münz et al., *The Costs and Benefits of European Immigration*, *Hamburg Institute of International Economics (HWWI)*, 2006

Obwohl Europa längst eines der Hauptziele internationaler Migration geworden ist, gibt es in den einzelnen Ländern bisher so gut wie keine aktive Einwanderungspolitik, ganz zu schweigen von einheitlichen EU-Regelungen. Viele Europäer weigern sich, die demographische Realität überhaupt anzuerkennen und ihr Land als ein so genanntes Einwanderungsland zu betrachten. Dahinter steckt die Angst, Zuwanderer würden den Sozialstaat gefährden, das Lohnniveau drücken und mit Einheimischen um Arbeitsplätze konkurrieren. Inzwischen ist diese Realitätsverweigerung zum größten Hindernis bei der Umsetzung von geeigneten politischen Steuerungsinstrumenten geworden, die Zuwanderung langfristig regulieren könnten.

Größere Anstrengungen sind deshalb nötig, um ein besseres Verständnis zu vermitteln, wie die EU und ihre Mitglieder von regulierter Zuwanderung profitieren können – und warum sie letztlich nur mit Hilfe dieser Zuwanderung die kommenden wirtschaftlichen und demographischen Herausforderungen bestehen können.

1. *Demographie und Alterung:*

Immigration wirkt sich positiv auf das Wachstum von Bevölkerung und Arbeitskraft aus. Wenn der Anteil der einheimischen Bevölkerung wie in Europa schrumpft, kann Zuwanderung dazu beitragen, die Gesamtbevölkerung und -arbeitskraft konstant zu halten.

2. *Arbeitsmarkt:*

Empirische Daten zeigen, dass der Einfluss von Zuwanderung auf Löhne und Arbeitsplätze im Durchschnitt zwar negativ, jedoch sehr gering ist. In einigen Ländern sind sogar positive Effekte zu beobachten, was nicht zuletzt mit Arbeitsmarktregulierungen zusammenhängt. Langfristig tendieren stark regulierte Arbeitsmärkte dazu, den negativen Einfluss von Immigration auf Löhne und Arbeitslosigkeit zu verstärken. Weniger regulierte Arbeitsmarktstrukturen zeigen dagegen, dass Zuwanderung sich durchaus positiv auf die Lohnentwicklung und die Schaffung neuer Arbeitsplätze auswirken kann.

3. *Sozialstaat:*

Der Einfluss von Zuwanderung auf die sozialstaatlichen Systeme der EU-Mitglieder fällt sehr unterschiedlich aus. Er ist in erster Linie abhängig vom rechtlichen Status der Einwanderer, der wiederum den Zugang zu und den daraus resultierenden Erfolg auf dem Arbeitsmarkt bestimmt. In Ländern mit vielen Wirtschaftsmigranten, die vereinfachten Zugang zum Arbeitsmarkt bekommen (z.B. Großbritannien, Italien, Griechenland, Portugal und Spanien), haben Zuwanderer das Staatseinkommen erhöht.

Um den Nutzen von Zuwanderung für Europa zu maximieren, sollten die EU-Staaten den Einwanderern durch einheitliche Regelungen legalen Zugang zum Arbeitsmarkt verschaffen. Andere Lösungen sind kostspielig für den Staatshaushalt und verhindern die erfolgreiche Integration der Zuwanderer. Offen bleibt jedoch, inwiefern die europäischen Staaten bereit sind, die Rechte der Migranten nicht nur ökonomisch, sondern auch politisch zu stärken, z.B. durch weitgehende Änderungen des Staatsbürgerschaftsrechts. [Mehr...](#)

UN: Wasser für alle – aber nicht umsonst!

Beyond Scarcity: Power, Poverty and the Global Water Crisis, Human Development Report 2006, UNDP

Der diesjährige Human Development Report, herausgegeben vom Development Programme der Vereinten Nationen (UNDP), hat eine klare Botschaft: Wasserknappheit könnte im 21. Jahrhundert für gewaltige Rückschläge in den Entwicklungsländern sorgen, bis hin zu Massensterben und kriegerischen Auseinandersetzungen.

Wasser ist die Basis für Entwicklung. Eine mangelnde Wasserversorgung wirkt sich dramatisch aus. 1,8 Mio. Kinder sterben dem Bericht zufolge jedes Jahr an verschmutztem Wasser. Nach wie vor haben etwa 1,1 Mrd. Menschen in den Entwicklungsländern unzureichenden Zugang zu Wasser. 2,6 Mrd. mangelt es an grundlegender Sanitärversorgung. Durch ausbleibende Regenfälle aufgrund der globalen Erderwärmung könnte die Zahl der Menschen, die in Ländern mit unzureichender Wasserversorgung leben, in den nächsten 25 Jahren auf 2,2 Mrd. steigen. Besonders Afrika südlich der Sahara und mehr als die Hälfte der Bevölkerung Südasiens wären davon betroffen, wie Kevin Watkins, der Direktor des UN-Reports, bereits im März 2006 in einem [Artikel](#) für die International Herald Tribune warnte.

Der Report fordert deshalb von sämtlichen Regierungen, den Zugang zu sauberem Wasser als Menschenrecht anzuerkennen, wie es Südafrika bereits vorgemacht hat. Allerdings knüpft der Bericht eine Bedingung an diese Forderung, die bereits in der Vergangenheit auf wenig Gegenliebe gestoßen ist: Wasser hat seinen Preis. Anders als Meinungsfreiheit oder das Recht auf Schutz vor Folter ist Wasserversorgung mit Kosten verbunden, die gedeckt werden müssen. Zudem ist das „Menschenrecht Wasser“ kein Positivsummenspiel, d.h. ein Liter Wasser, der von einer beliebigen Person verbraucht wird, kann anschließend nicht auch noch von anderen genutzt werden. Zu niedrige Wasserpreise oder sogar kostenloser Verbrauch haben in zahlreichen Fällen zu schwerem Missbrauch geführt, mit Folgen für die weitere Versorgung. Von widersinnigen Subventionen des Wasserverbrauchs profitieren vor allem die Reichen, während die Armen ohne Anbindung an das Versorgungsnetz fünf bis zehnmal so viel an oft korrupte Zwischenhändler zahlen müssen.

Aber können die Armen dieser Welt die Kosten für ausreichende Wasserversorgung tragen? Nicht ohne Hilfe, so der Report. Wenn sie es nicht können, müssen andere die Kosten tragen, resümiert der [Economist](#) die Schlussfolgerung des UN-Reports. Entscheidend aber ist, dass von einer marktgerechten Kostendeckung letztlich diejenigen profitieren, die bis heute nicht an das Versorgungsnetz angeschlossen sind. Die Debatte um eine öffentliche oder private Trägerschaft der Wasserversorgung führt deshalb am Kern des Problems vorbei und lenkt häufig von der Entwicklung praktikabler Lösungen ab. [Mehr...](#)

Venture Capital hilft Europas Wirtschaft auf die Beine

Thomas Meyer, Venture Capital in Europa – Mehr Pep für Europas Wirtschaft, *Deutsche Bank Research*, 24.11.2006

Der Start in die Selbständigkeit bedarf einer guten Geschäftsidee. Doch erst finanzielle Starthilfe ermöglicht es, aus dieser auch ein Geschäftsmodell erfolgreich umzusetzen. Dabei spielt Venture Capital eine immer größere Rolle. Allerdings wagen nur wenige Europäer den Sprung in die Selbständigkeit, obwohl gerade die europäische Wirtschaft mehr Start-ups bräuchte, die mit ihren Produktions- und Geschäftsideen den mäßigen Wachstumsraten auf die Beine helfen könnten.

Nach wie vor ist die Zahl der Unternehmensgründungen in Europa relativ gering: Während in den USA knapp 11% der Bürger ein Unternehmen gründen, sind es z.B. in Deutschland nur 4%. Dies liegt nicht zuletzt an den geringeren Investitionen durch Venture Capital. Während 2005 in den USA 17,4 Mrd. Euro (0,17% des BIP) investiert wurden, waren es in Europa nur 12,7 Mrd. (0,11% des BIP). Immerhin verzeichnet Europa eine konstante Entwicklung, die auch nach dem Platzen der „New Economy Bubble“ stabil blieb. Der Einfluss von Venture Capital auf das Wirtschaftswachstum ist schwer zu messen. Schätzungen zufolge könnte Deutschland bei einer Verdoppelung der Investitionen sein Wirtschaftswachstum um 0,25 Prozentpunkte steigern (Venture-Capital-Investitionen 2005: 1,3 Mrd. Euro = 0,056% des BIP).

Doch Venture-Capital-Firmen bieten mehr als nur finanzielle Starthilfe: Neben fachlichem Know-how und Management-Hilfe gilt der Einstieg eines renommierten Venture-Capital-Unternehmens als eine Art Qualitätssiegel bei der Gründung von Unternehmen. Problematisch bleibt dagegen die starke Abhängigkeit vom Aktienmarkt, denn irgendwann wollen die Venture-Capital-Geber Geld verdienen. Der Börsengang ist

das beste Mittel, weshalb Verluste am Aktienmarkt Venture-Capital-Investitionen sinken lassen. Auch verbesserte Rahmenbedingungen wie die Einführung des „Entry Standard“ an der Deutschen Börse helfen hier nur begrenzt.

Insgesamt zeigt der europäische Markt für Venture Capital eine robuste Entwicklung mit viel Potential. Doch auch er kann ein Problem nicht lösen: Zuerst werden Unternehmer benötigt, die ihre Ideen in Geschäftsmodelle umsetzen. Noch fehlt es in Europa an einem Gründergeist wie in den USA. Dort ist der Wunsch nach wirtschaftlichem Wohlstand größer als in Europa, wo die Hoffnung auf einen sicheren Arbeitsplatz nach wie vor überwiegt. [Mehr...](#)

Innovation: Geld allein macht nicht erfinderisch

Barry Jaruzelski; Kevin Dehoff, Rakesh Bordia, Smart Spenders: The Global Innovation 1000, *Booz Allen Hamilton*, strategy + business issue 45, Winter 2006

Forschung und Entwicklung gilt als Erfolgsschlüssel für Unternehmen. So gab Ford 2005 mit 8 Mrd. Dollar unter den Unternehmen weltweit das meiste Geld für Innovation aus, gefolgt von Pfizer und Toyota. Unter den deutschen Unternehmen tun sich vor allem DaimlerChrysler, Siemens und Volkswagen mit hohen Investitionen hervor, so eine neueste Studie der Unternehmensberatung Booz Allen Hamilton. 2005 stiegen die Ausgaben der untersuchten Unternehmen insgesamt auf 407 Mrd. Dollar, was etwa 6% mehr Investitionen als 2004 bedeutet. Am stärksten wurde in die Bereiche Computer und Elektronik, Gesundheit sowie Automobile investiert. In China und Indien sind die Ausgaben für Forschung und Entwicklung seit 2000 deutlich stärker gestiegen als in den USA, Japan und Europa.

Doch die Höhe der Ausgaben für Forschung und Entwicklung ist nicht alles. Booz Allen Hamilton untersuchte erstmals, welche Firmen diese Gelder am erfolgreichsten einsetzen. Das Ergebnis zeigte, dass 94 Unternehmen ihre Konkurrenz nicht nur bei Schlüsselindikatoren wie Umsatzwachstum und Bruttogewinn übertreffen, sondern auch im Vergleich zu den eingesetzten Geldern für Forschung und Entwicklung einen deutlich höheren Umsatz erzielen, und dies über einen Zeitraum von fünf Jahren. Diese Unternehmen haben zum Teil sehr unterschiedliche Ansätze. So glänzt Google mit der Geschwindigkeit, in der neue Ideen entstehen. Basis ist die so genannte „70-20-10 Regel“: Die Angestellten widmen 70% ihrer Arbeitszeit ihren Kernaufgaben, 20% sind für verwandte Bereiche und 10% für Aufgaben reserviert, die sie selbst wählen. Toyota dagegen hat sich einen Wettbewerbsvorteil erarbeitet, indem das Unternehmen seine Produkte und Prozesse schneller und effektiver entwickelt als andere Firmen.

Um erfolgreich zu sein, müssen Manager die gesamte Innovations-Wertschöpfungskette ihres Unternehmens verstehen. Der gezielte Aufbau von Ressourcen entlang dieser Kette kann die Erträge aus den Geldern für Forschung und Entwicklung deutlich erhöhen. [Mehr...](#)

Zukunft der NATO liegt im Westen – und umgekehrt

Christoph Bertram, NATO's Only Future: the West Abroad, *German Marshall Fund of the United States*, Riga Papers, 20.11.2006

Wenn in jüngster Zeit die Zukunft der NATO diskutiert wurde, ging es oft um die Frage: Wandelt sich das Bündnis zu einer globalen Organisation? Während sich Ivo Daalder und James Goldgeier dafür aussprachen (siehe [Global Must Reads August 2006](#)), hält Christoph Bertram wenig von dieser Strategie. Er sieht die Zukunft der Allianz ausschließlich im Westen und betrachtet die NATO außerdem als Chance zur Wiederbelebung des Westens.

Laut Bertram wird die alte Rhetorik vom „militärischen Verteidigungsbündnis“ den neuen globalen Herausforderungen nicht mehr gerecht. Die Zukunft der NATO liegt nicht in einem Militärbündnis, das Kriege im Namen seiner Mitglieder führen kann, sondern in ihrer Rolle als globale Stabilisierungsmacht. Dafür aber muss sie nicht auch zur globalen Organisation werden. Doch was ist mit der These von Daalder und Goldgeier, dass nur eine „globale Allianz den globalen Herausforderungen begegnen kann“? Falsch, sagt Bertram, denn der regionale Charakter der NATO schränkt den Fokus ihrer Operationen nicht auf diese Region ein, wie die aktuellen Einsätze zeigen. Und warum sollte die in eine Art UN verwandelte NATO (mit Staaten von Osteuropa bis Ostasien) besser und effektiver zusammenarbeiten als die atlantischen Partner? Die zukünftige Erweiterung sollte sich nicht an dem geostrategischen Vorteil für die Allianz orientieren, sondern an der Eignung der Staaten, ein „Familienmitglied“ des Westens zu werden.

Nach dem Ende des Kalten Krieges agierten die USA zunehmend global, während sich Europa mit sich selbst beschäftigte. Das Konzept vom „Westen“ wurde

vernachlässigt und verlor seine Verbindlichkeit. Wenn die NATO in Zukunft zum Koordinierungszentrum für gemeinsame Strategien und politische Ziele wird, kann sie den Westen als handlungsmächtigen Akteur im Zeitalter der Globalisierung wiederherstellen. Davon würden nicht nur die Mitglieder der Allianz als Staaten profitieren, sondern vor allem der Westen als Idee. [Mehr...](#)

Steht Nahost vor Stunde Null?

Richard N. Hass, The New Middle East, *Foreign Affairs*, November/Dezember 2006

Für den Nahen und Mittleren Osten bricht eine neue Ära an. Die Zeit der US-amerikanischen Dominanz ist zu Ende, und damit auch die Hoffnung auf eine Region nach europäischem Vorbild – friedlich, wohlhabend und demokratisch. Die USA haben den Fehler begangen, zu stark auf militärische Stärke und Demokratie als Heilmittel für die Region zu setzen. Nun steht eine stürmische Zukunft bevor.

Zwar bleiben die USA für die Region die wichtigste Macht von außen, doch sie verlieren erheblich an Einfluss. Iran wird zu einem der mächtigsten Staaten der Region aufsteigen, sein Gegenpol Israel befindet sich sicherheitspolitisch stark unter Druck. Eine Wiederbelebung des Friedensprozesses scheint für absehbare Zukunft ausgeschlossen. Die Instabilität im Irak hält an, schlimmstenfalls entsteht ein neuer „failed state“. Der Ölpreis bleibt hoch, wovon besonders ölproduzierende Staaten wie Iran und Saudi-Arabien profitieren. Die Militarisierung der Region hält an und der Terrorismus bleibt die größte Gefahr. Der Islam füllt zunehmend das politische Vakuum in der Region, arabische Regime sind häufig autoritär und pflegen eine anti-amerikanische Rhetorik. Die regionalen Institutionen sind auch in Zukunft zu schwach, um die Probleme zu lösen.

Was bleibt zu tun? Erstens sollten die USA sich mehr auf nichtmilitärische Lösungen konzentrieren. So könnte ein regionales Forum etabliert, mit dem Iran offene Gespräche über sein Atomprogramm geführt und eine Wiederbelebung der Diplomatie im israelisch-palästinensischen Konflikt versucht werden. Zweitens müssten die USA sich soweit wie möglich von der Instabilität der Region unabhängig machen. Sie müssen ihre Abhängigkeit von den Energieressourcen der Region verringern, indem sie den Verbrauch daheim reduzieren. Doch auch dies bedeutet noch keine schnelle Lösung für den Mittleren Osten. Radikale regionale Akteure werden mit ihrem Kampf um Macht und Einfluss die nahe Zukunft bestimmen. Kräften von außerhalb der Region bleibt da nur ein sehr bescheidener Einfluss. [Mehr...](#)

Hinweis: Der German Marshall Fund of the United States vergibt im Rahmen des **American Political Science Association (APSA) Congressional Fellowship** zwei Stipendien an deutsche Staatsbürger mit mindestens drei Jahren Berufserfahrung. Bewerbungsfrist ist der 31. Januar 2007. [Mehr...](#)

Weitere Zusammenfassungen finden Sie unter www.global-agenda.org.

GLOBAL AGENDA		
ATLANTIC EVENTS	Wir navigieren Sie durch die strategischen Themen der Weltpolitik	
	GLOBAL MUST READS	
→ INTERNATIONALE POLITIK	→ GLOBALE WIRTSCHAFT	→ STRATEGISCHE REGIONEN
<ul style="list-style-type: none"> → Massenvernichtungswaffen und Terrorismus → Freiheit und Demokratie im Nahen und Mittleren Osten → Entwicklungspolitik/Kampf gegen Armut → NATO/ESVP → Klimawandel/Umweltschutz → Zukunft der UN/Global Governance 	<ul style="list-style-type: none"> → Energie/Rohstoffe/Wasser → Bildung/Forschung/Technologie → Demographie/Global Aging/Migration → Weltwirtschaft und Handel → Kapitalmarkt/Corporate Governance → Corporate Citizenship/CSR 	<ul style="list-style-type: none"> → China → Indien → Russland/Ukraine → Asien → Afrika → Lateinamerika



Die *Global Must Reads* werden von der Atlantischen Initiative e.V. herausgegeben.

Vorstand: Jan-Friedrich Kallmorgen und Dr. Johannes Bohnen (V.i.S.d.P.)
 Verantwortliche Redakteure: Eddie Hartmann/Björn Sacknieß/Sylke Tempel
 © Atlantische Initiative e.V. – Wilhelmstraße 67 – 10117 Berlin
 Tel: +49 - 30 - 206 337 88 – Fax: +49 - 30 - 206 337 90
 Email: info@atlantische-initiative.org